

VERANTWORTLICHE REDAKTION

für diese und die letzte Seite dieses Bundes
Karin Freiburghaus, Redaktorin, redaktion@refbern.ch
Karin Meier, Redaktorin, redaktion@refbern.ch
Kirchmeieramt, Bürenstr. 12, PF, 3000 Bern 23, kirchmeieramt@refbern.ch



GESAMTKIRCHGEMEINDE BERN

Ausgabe Frieden/Matthäus/Paulus

«Wir können nicht Kirche sein und den Schrei der Erde nicht hören»

Andreas Nufer kämpft für die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative. Der Pfarrer in der Kirchgemeinde Heiliggeist und Projektleiter der offenen kirche bern wünscht sich eine Kirche, die sich für ihre Botschaft stark macht – gerade auch in der Öffentlichkeit.

Warum setzen Sie sich für die Konzernverantwortungsinitiative ein?

Andreas Nufer: Für mich ist es selbstverständlich, dass sich alle an die gleichen Regeln halten müssen. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn man Menschen- und Umweltrechte verletzt, um Geld zu verdienen. Dabei spielt es keine Rolle, wo man das Geld verdient. Die Menschen- und Umweltrechte müssen überall eingehalten werden. Auch an Orten, an denen die Lebensbedingungen der Menschen schwieriger sind. Sei es, weil die Menschen ärmer sind, die Infrastruktur ungenügend entwickelt ist oder der Staat schwach ist. Derzeit ist es so, dass sich grössere Konzerne an manchen Orten im Ausland an diesen Menschen- und Umweltrechten vorbeischieben.

Haben Sie einen persönlichen Bezug zu Menschen in solchen Ländern, die direkt von den jetzigen Missständen betroffen sind?

Ja natürlich. Ich bin lange im brasilianischen Amazonas im Pfarramt gewesen. Dabei sah ich, was passiert, wenn grosse Konzerne Rohstoffe abbauen, Staudämme bauen oder Aluminium produzieren. Einerseits sind die Umweltauswirkungen enorm, weil der Abbau oft in sehr grossen Dimensionen gemacht wird. Andererseits werden ganze Gemeinschaften zerrüttet. Wo internationale Konzerne tätig sind, verliert der Grossteil der lokalen Bevölkerung seine Lebensgrundlage. Nur ein kleiner Teil findet Arbeit bei den Konzernen, weil diese meist Menschen aus Städten oder dem Ausland beschäftigen. Die Folge sind soziale Spannungen, Gewalt, Verarmung, vermehrter Drogenkonsum und Prostitution sowie Migrationsdruck.

Können Sie dies an einem Beispiel ausführen?



Andreas Nufer (56) ist eine der treibenden Kräfte hinter dem kirchlichen Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative. Er lebt in einer Pfarrhaus-WG in Bern. In seiner Freizeit liest er Romane und Poesie aus aller Welt, wandert und schwimmt in der Aare.

Meinen ersten richtigen Schock hatte ich mit 23. Damals absolvierte ich ein Praktikum in der lutherischen Gemeinde in Belém, in der ich später Pfarrer wurde. Ich ging an ein Treffen, an dem rund 4000 Personen aus verschiedenen Gemeinschaften teilnahmen. Sie alle lebten am Rio Trombetas, einem Seitenarm des Amazonas. Vertreten waren Quilombolas, das sind Nachfahren von afrikanischen Sklaven, indigene Gemeinschaften sowie Flussbewohner, die Ribeirinhos genannt werden. Zwei Wochen später besuchte ich die Präsentation eines Energieunternehmens. Dieses wollte mit japanischen Investoren einen Staudamm bauen, um Strom für die Verarbeitung von Bauxit zu Aluminium zu gewinnen. Während der Präsentation sagte einer der Anwälte, am Rio Trombetas wohne niemand. Ich dachte erst, das sei ein Versprecher. Dann streckte ich auf und widersprach. Der Anwalt erwiderte, nein, in der Gegend lebten keine Bürger von Brasilien. Dieses Erlebnis hat meine politische Prägung weiter verstärkt.

Die Konzernverantwortungsinitiative wird kirchlich breit getragen. Woher kommt dieses plötzliche Engagement für politische Themen?

Wir Gründungsmitglieder von «Kirche für Konzernverantwortung» haben uns von Anfang an überlegt, wie wir unser Anliegen breit abstützen. Wir haben früh mit der Arbeit angefangen, starke Persönlichkeiten als Fürsprecher gefunden und viel Knochenarbeit geleistet. Hinzu kommt, dass viel für die Initiative spricht. Drittens geht die Initiative die Kirche im Kern an. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass sich viele Kirchenorganisationen zur Initiative äussern.

Sprechen Sie die Gebote der Bewahrung der Schöpfung und der Nächstenliebe an, mit der die kirchliche Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative begründet wird?

Ja, denn wir können nicht Kirche sein und den Schrei der Armen und der Erde nicht hören oder uns gleichgültig gegenüber der Schöpfung verhalten. Das ist ein Widerspruch in sich. Wenn man christlich ist, ist man dazu aufgerufen, sorgfältig mit der

ganzen Schöpfung umzugehen. Weil die Konzernverantwortungsinitiative genau dies fordert, geht es um etwas Grundlegendes des Christentums. Man kann auch nicht Kirche sein und sich nicht um die anderen Leute kümmern. Viele Christinnen und Christen auf der ganzen Welt sind massiv beeinträchtigt von Konzernen, die sich nicht an die geltenden Rechte halten.

Sie gehören zu den politisch aktivsten Kirchenvertretern. Politisches Engagement gilt aber als heisses Eisen für die Kirche, denn bei ihr sollen sich Menschen unabhängig ihrer politischen Ansichten aufgehoben fühlen. Wie meistern Sie diesen Spagat?

In den Kirchgemeinden und der Kirche müssen wir alle Leute willkommen heissen. Wir haben aber eine Botschaft, die wir vertreten wollen und sollten, denn wir sind nicht beliebig. Innerhalb der Kirche ist die demokratische Debatte dank sorgfältig aufgebauten Strukturen gewährleistet. In der Kirche sind wir längst nicht alle einer Meinung. Es fordert

auch niemand, dass alle einer Empfehlung der Kirche folgen. Vielmehr stimmt jedes Kirchenmitglied selbst ab. Als Bürgerin oder Bürger und als Mitglied einer Kirchgemeinde kann man sich vor Abstimmungen und Wahlen selbst informieren und sich eine eigene Meinung bilden. Selber denken ist ohnehin eine hohe Maxime der Reformierten.

Wie politisch soll die Kirche sein?

Es gibt fast keinen Bereich im Leben, der nicht insofern politisch ist, als dass er das Zusammenleben von Menschen angeht. Vor allem in jenen Bereichen des Zusammenlebens, in denen ethische Grundlagen betroffen sind, ist eine offene und öffentliche Debatte notwendig. Alle in der Gesellschaft, auch die Kirchen, sollten darüber nachdenken, wie das Zusammenleben am sinnvollsten zu gestalten ist, und sich dazu äussern. Das gehört zu einer lebendigen Demokratie und einer lebendigen Kirche. Aus meiner Sicht trägt die Kirche die Resultate ihrer internen Debatten viel zu zurückhaltend in die Gesellschaft. Wenn sie eine Meinung hat, sollte sie sie auch vertreten. Unterlässt man eine Positionierung, tut man so, als könnte man neutral sein. Aber das ist nicht möglich. Wer schweigt, ist mit den Mächtigen oder jenen, die das Sagen haben.

INTERVIEW: KARIN MEIER

Die Konzernverantwortungsinitiative

Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz hier haftbar gemacht werden können für die Schäden, die entstehen, wenn sie ihre Sorgfaltpflicht verletzen und sie oder ihre Tochtergesellschaften die international anerkannten Menschenrechte oder die internationalen Umweltstandards nicht einhalten. Kleinere und mittlere Unternehmen sind von der Initiative ausgeschlossen, sofern sie nicht in einem Hochrisikosektor tätig sind. Als Hochrisikosektor gelten der Abbau oder Handel von Rohstoffen wie Kupfer oder Gold sowie der Handel mit Diamanten oder Tropenholz. Gegnerinnen und Gegner der Initiative führen u.a. ins Feld, dass sie über das Ziel hinaus-schieße und Unternehmen unverhältnismässige Sorgfalts- und Haftpflichten auferlege sowie Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand gefährde. Die Initiative kommt am 29. November zur Abstimmung.

Stadt und Land sind sich nicht grün

Keine Stadtbevölkerung ist so links und progressiv wie die Bernerinnen und Berner. Diese Haltung kommt ausserhalb der Stadt nicht gut an und hat zu einem eigentlichen Stadt-Land-Graben geführt. Er ist eine Herausforderung für Institutionen, die auf dem ganzen Kantonsgebiet tätig sind.

Gäbe es die Stadt Bern nicht, wären die von SVP-Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg geplanten Kürzungen der Sozialhilfe mit klarem Ja angenommen worden. Wegen des wuchtigen Neins der Stadtbernerinnen und -berner ging die Vorlage je-

doch bachab. Dies ist nur ein Beispiel für den Graben, der den Kanton Bern durchzieht. Auf nationaler Ebene haben sich die Stadtbernerinnen und -berner zum Beispiel für den Atomausstieg und gegen das Minarettverbot ausgesprochen sowie die Initiative gegen die Masseneinwanderung verworfen. Der ländliche Teil des Kantons stimmte jeweils genau umgekehrt ab.

Grösste Diskrepanz zwischen Stadt und Land

Der Stadt-Land-Graben wurde 2019 vom Politgeografen Michael Hermann neu vermessen. Bei der Auswertung von 266 Urnengängen im Zeitraum von 1990 bis 2018 hat er

festgestellt, dass Bern beim Abstimmungsverhalten der Kanton mit der grössten Diskrepanz zwischen Stadt und Land ist. Auf der einen Seite des Grabens findet sich eine progressive und linke Stadtbevölkerung, die selbst im schweizweiten Vergleich ganz am einen Ende des Spektrums steht. Ihr gegenüber steht eine viel konservativere Landbevölkerung, die politisch ganz anders tickt.

Herausforderung für die Kirche

Gerade für Institutionen wie den Kanton oder die Landeskirchen, die sowohl in der Stadt Bern als auch auf dem Land tätig sind, sind diese unterschiedlichen politischen Haltungen eine grosse Herausforderung.

Wie mit diesem Spannungsverhältnis umgegangen werden kann, ist Thema des nächsten Salons Theophil der Fachstelle «Reformierte im Dialog». Er findet am 6. Oktober in geschlossenem Rahmen im Münster statt. Gäste sind die neue Synodalratspräsidentin Judith Pörksen Roder und SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus sowie Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Neuhaus erwägte selbst eine Kandidatur für das Synodalratspräsidium, entschied sich jedoch dagegen. Gegenüber der Berner Zeitung bedauerte er im Januar 2020, dass die Kirche die Menschen auf dem Land immer wieder brüskiere.

KARIN MEIER

ZAHL DES MONATS

In der Schweiz gibt es etwa 1500 Konzerne.

INHALT

Herbstbörse und Herbstmärkt
> SEITE 17

Neue Mitarbeiterinnen auf der Engehalsinsel
> SEITE 18

Orgelrezital von Christian Schmitt
> SEITE 21